

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 23./Mai 1961

Blatt 929

Bürgermeister Franz Jonas:

Gute Gesetze sparen Menschenleben und Geld!
=====

Kennedy und Chruschtschew in Wien herzlich willkommen!

23. Mai (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 21. Mai, über die weiterhin sinkende Zahl der Verkehrsunfälle und über die bevorstehende Begegnung zwischen Kennedy und Chruschtschew in Wien.

Der Bürgermeister führte aus: "Über die am 1. Jänner 1961 in Kraft getretene Straßenverkehrsordnung habe ich in meiner Sendereihe schon einige Male gesprochen. Sie erinnern sich, daß dieses Gesetz nach einer sehr erfreulichen und intensiven Mitarbeit der Bevölkerung vom Nationalrat beschlossen wurde. Es hat die Aufgabe, die Vorschriften für den Straßenverkehr den größeren Gefahren anzupassen, die durch die steigende Motorisierung verursacht werden. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sind genauer als die früheren, für den Fußgänger ist ein wesentlich besserer Schutz vorgesehen und gegen alkoholisierte Verkehrsteilnehmer wurden strenge Strafen eingeführt. Weil in den vergangenen Jahren die Zahl der Verkehrsunfälle, der Verletzten und der Toten immer höher wurde, knüpften sich an das Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung große Hoffnungen. Diese Hoffnungen wurden nicht enttäuscht. In den ersten drei Monaten ist die Zahl der Unfälle stark zurückgegangen und ebenso die Zahl der Verletzten und der Toten. Damit ist erwiesen, daß der Blutzoll auf der Straße keine zwangsläufige Begleiterscheinung der Motorisierung ist, sondern in erster Linie die traurige Folge menschlicher Fehler. Wir wissen

./.

genau, daß die meisten Verkehrsunfälle auf Sorglosigkeit oder Übermut, auf Rücksichtslosigkeit oder Trunkenheit zurückzuführen sind. Wollte man diese Ursachen bekämpfen, dann müßten die neuen Gesetzesbestimmungen so gefaßt sein, daß jeder Verkehrssünder mit harten Konsequenzen zu rechnen hätte. Die vernünftigen Verkehrsteilnehmer, ob nun Autofahrer oder Fußgeher, brauchen solche strenge Bestimmungen nicht, da sie sich immer der nötigen Vorsicht und Verantwortung befleißigen.

Die besseren und strengeren Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung waren auch vom Standpunkt der Polizei notwendig. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit auf der Straße haben die Organe der Polizei und der Gendarmerie zu sorgen. Ein geringer Straßenverkehr erfordert wenig Organe. Wird aber der Verkehr immer dichter, dann braucht man auch mehr Organe, damit die Sicherheit auf der Straße gewährleistet ist. Es ist aber undenkbar, daß man, weil die Zahl der Autos immer steigt, immer mehr und unbeschränkt Polizei und Gendarmerie einsetzt. Das käme den Steuerzahlern sehr teuer. Da ist es viel wirksamer, für den Straßenverkehr bessere und strengere Gesetze zu schaffen, damit trotz wachsenden Verkehrs die Zahl der Unfälle sinkt und Polizei und Gendarmerie nicht verstärkt werden müssen. Wie immer man also dieses Problem betrachtet, stellt sich heraus, daß gute Gesetze Menschenleben und Geld sparen.

Die günstigen Ergebnisse der ersten drei Monate wurden mit etwas Vorsicht aufgenommen, weil man glaubte, daß das neue Gesetz eine gewisse Schockwirkung hervorgerufen habe und weil außerdem in den Wintermonaten der Verkehr erfahrungsgemäß schwächer ist. Vielleicht sind diese Überlegungen berechtigt. Aber selbst dann sind sie kein Beweis gegen das neue Gesetz, sondern höchstens ein Beweis dafür, daß der Leichtsinn und die Verantwortungslosigkeit mancher Verkehrsteilnehmer größer sind als man ursprünglich annahm.

Es liegen mir nun die Ergebnisse der Unfallsstatistik für den Monat April vor, die besagen, daß die wohltätige Wirkung der Straßenverkehrsordnung angehalten hat, obwohl in diesem Monat, vor allem bedingt durch die Osterfeiertage und durch das bessere Wetter, ein viel stärkerer Straßenverkehr zu verzeichnen war. Die Polizei meldet also, daß sich die Zahl der Verkehrsunfälle im

Vergleich zum April des Vorjahres um 559 auf 1.378 verminderte, die Zahl der Verletzten ging um 237 auf 897 zurück und die Zahl der Toten sank von 20 auf 9. Ein erfreuliches Ergebnis, denn elf Särge konnten unbenutzt bleiben und 237 Menschen blieb der Transport ins Spital erspart. Allerdings könnte sich die Zahl der Toten noch ändern, falls im Verlaufe von 30 Tagen ein Verletzter an den Unfallsfolgen stirbt. Die Zahl der Unfälle, die durch Alkoholeinwirkung verursacht waren, ist leider noch immer sehr hoch. Sie ist zwar von 76 auf 36 zurückgegangen, doch dürften solche Fälle ja überhaupt nicht vorkommen. Diese 36 Trunkenheitsfälle wurden aber nicht nur von Autolenkern verursacht, denn neunmal waren alkoholisierte Fußgeher am Unfall schuld. Eine besondere Rücksichtslosigkeit bewiesen 180 Autofahrer, die nach einem Unfall davonfuhren, ohne sich um die Opfer ihres Leichtsinns zu kümmern.

Aus dieser Statistik des Monats April können Sie ersehen, daß die Zahl der Unfälle wieder fühlbar geringer ist als im vergangenen Jahr, obwohl die Zahl der motorisierten Fahrzeuge um 20.800 zugenommen hat. Auch in Zukunft müssen alle zusammenwirken, damit die Gefahren auf der Straße soweit als möglich bekämpft werden. Weil es in jedem einzelnen Fall um Gesundheit und Leben geht, sollten alle Verkehrsteilnehmer in echter Rücksichtnahme auf ihre Mitmenschen sich der Ordnung auf der Straße fügen. Man hilft damit nicht nur den Polizeiorganen bei ihrem schweren Dienst, sondern schützt damit in wirksamster Weise auch das eigene Leben. Leider ist in den vergangenen Jahren gerade während der Pfingstfeiertage die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle sehr hoch gewesen. Es ist besonders tragisch, daß von den vielen Pfingsausflüglern, die lebensfroh hinausfahren, um Ruhe und Erholung oder neue Reiseerlebnisse zu suchen, dann doch immer wieder verhältnismäßig viele im Spital oder gar auf dem Friedhof landen. Die Erfahrungen mit der neuen Straßenverkehrsordnung zeigen uns in drastischer Weise, daß es nicht so sein muß. Wenn jeder Verkehrsteilnehmer sich immer so verhält, daß er Herr seiner Sinne und seines Wagens bleibt, dann müssen die Pfingstfeiertage heuer eine wesentlich günstigere Unfallsbilanz bringen als in den vergangenen Jahren. Deshalb appelliere ich eindringlichst an alle Verkehrsteilnehmer und besonders an die Auto-

fahrer: Sorgt für Eure gesunde Heimkehr nach Wien! Denkt daran, daß Euch die Familie braucht, daß Ihr auf Eurem Arbeitsplatz notwendig seid! Denkt vor allem daran, daß Euer Leben in Eurer eigenen Hand liegt!

Gruß an Kennedy und Chruschtschew

In den vergangenen Tagen horchte man in allen Staatskanzleien der Welt auf, als die Nachricht durchkam, daß der amerikanische Präsident John Kennedy und der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschew in den ersten Juni-Tagen einander in Wien treffen werden. Kennedy und Chruschtschew sind die Repräsentanten der zwei mächtigsten Staaten. Gerade wir Österreicher wissen aus eigener Erfahrung, wie stark die Entwicklung der Welt seit 1945 davon abhängt, in welchem Verhältnis diese beiden Staaten zueinander stehen. In allen entscheidenden Fragen der Wirtschaft und Politik, der Technik und der Forschung, erleben wir das grandiose Schauspiel eines weltweiten Konkurrenzkampfes dieser beiden Staatenkolosse. Sie eifern sich gegenseitig zu immer größeren Leistungen auf allen Gebieten an und gerade in diesen Tagen sind wir die Zeugen einer atemberaubenden Entwicklung des Weltraumfluges. Wo immer in der Welt ein größeres politisches Ereignis stattfindet oder ein größeres politisches Problem auftaucht, überschneiden sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Sowjetunion. Bei der engen Verflechtung aller internationalen Beziehungen wirken die Gegensätze zwischen diesen beiden Staaten in der ganzen Welt weiter. Das führt dazu, daß jeder der beiden Staaten die führende Position in den Machtblöcken einnimmt, die sie mit ihren befreundeten und verbündeten Staaten gebildet haben. Im politischen Tagesgeschehen bezeichnet man diese Entwicklung als den Gegensatz zwischen Ost und West, als die Spaltung der Welt durch zwei verschiedene politische und wirtschaftliche Systeme.

In der Weltpolitik sind in den letzten Jahren viele dringende und für die ganze Menschheit entscheidende Probleme unerledigt geblieben. Wir erinnern uns, daß die Abrüstungsverhandlungen erstarrt sind, daß die Konferenzen über die Kontrolle der Atomwaffen nicht vom Fleck kommen, daß die Deutschland- und Berlinfrage in ein verkramptes Stadium gekommen sind. Die Entwicklung

in den jungen Nationalstaaten in Afrika und Asien zeigt uns besonders eindringlich, daß eine gemeinsame Aktion aller technisch und zivilisatorisch entwickelten Länder notwendig wäre, um diese jungen Staaten zu unterstützen und ihnen die unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten soweit als möglich aus dem Wege zu räumen. Die gegenseitige Abhängigkeit aller Völker der Erde ist in unserer hochtechnisierten Zeit bereits so groß geworden, daß niemand sich an dem Schicksal eines anderen Volkes oder eines anderen Kontinentes desinteressiert zeigen kann. Die Welt ist eine Einheit und die Menschheit eine Familie geworden. Die Art und Weise, in der das Zusammenleben in dieser großen Familie vor sich gehen soll, entscheidet über das Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen in allen Erdteilen. Der Kampf gegen Hunger und Krankheit, gegen Unwissenheit und Aberglauben, gegen Nationalismus und technische Rückständigkeit in der Welt hat erst kaum begonnen. Hier steht die Menschheit vor ungeheuren Aufgaben, die gelöst werden müssen, die aber auch gelöst werden können, wenn die Weltmächte die moralische Kraft aufbringen, ihre Gegensätze so weit zu überbrücken, daß sie sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen können. Das würde dann so viele Energien in der Welt frei machen, daß an dem Sieg über Hunger und Krankheit nicht gezweifelt werden müßte.

Sie sehen, daß schon allein diese kurz gestreiften Probleme entscheidende Verhandlungsgegenstände für die Verantwortlichen dieser Erde sein könnten. Aber im Hintergrunde stehen außerdem die inhaltsschweren Probleme des Wettrüstens, unter dessen Last auch schon die reichsten Völker stöhnen, steht die dauernde Angst der Menschheit vor einem neuen Krieg. Wir wissen allerdings, daß bei einem Gespräch, zu dem es zwischen Kennedy und Chruschtschew kommen soll, nicht möglich sein wird, alle diese Probleme auf einen Schlag zu lösen. Wer eine solche Hoffnung hätte, der würde von diesem Treffen in Wien zu viel verlangen, und wahrscheinlich enttäuscht werden. Aber es wäre schon ein ungeheurer Fortschritt, wenn in Wien die Schranken weggeräumt werden könnten, die bisher die beiden Staatenkolosse getrennt und am erfolgreichen Verhandeln gehindert haben.

So dürfen wir uns alle freuen, daß es überhaupt zu diesem Gespräch kommt. Eine doppelte Freude dürfen wir Österreicher und

Wiener darüber empfinden, daß dieses Gespräch bei uns in Wien stattfinden soll. Es ist eine große Ehre und Auszeichnung für unsere Stadt, wenn das Zusammentreffen der zwei einflußreichsten, aber auch verantwortungsvollsten Männer der Gegenwart auf Wiener Boden stattfindet. Ihre Aufenthalt und ihre Besprechungen in Wien erinnern uns an die Zeit, da während des Höhepunktes des Korea-Konfliktes das Verhältnis zwischen West und Ost so eiskalt war, daß für den Weltfrieden die größte Gefahr bestand. Damals war Wien fast der einzige Ort in der Welt, wo Russen und Amerikaner noch zusammenarbeiteten. Anders als in Berlin, wo die Zusammenarbeit nicht mehr funktionierte und die Stadt geteilt wurde. In Wien waren die "Vier im Jeep" das Symbol dafür, daß es nicht unbedingt zum Bruch kommen muß. Wenn auch wir Wiener damals die Besetzten waren und die Anwesenheit der vier fremden Mächte als Unrecht und Belastung empfanden, können wir doch heute rückblickend die Hoffnung aussprechen, daß die Erinnerung an diese damalige Zusammenarbeit wieder lebendig werde und als guter Geist bei der Begegnung Kennedys und Chruschtschows wirke. Dieser Geist der Zusammenarbeit hat den österreichischen Staatsvertrag im Jahre 1955 möglich gemacht, hat viele internationale Kongresse in Wien befruchtet und bildet die Grundlage für das erfolgreiche Wirken der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien.

Ich bin überzeugt, daß ich im Namen aller meiner Wiener Mitbürger spreche, wenn ich der tiefen Genugtuung Ausdruck gebe, daß in unserer Stadt dieses bedeutungsvolle und hoffentlich erfolgreiche politische Ereignis stattfinden wird. Wir werden unsere hohen Gäste und ihre Mitarbeiter würdig empfangen und ihnen sagen, daß sie uns herzlich willkommen sind. Wir wollen - soweit das von uns abhängt - dafür sorgen, daß die Besprechungen in einer ruhigen Atmosphäre und ungestört durch äußere Einflüsse stattfinden können. Wir wollen aber auch ihr Gewissen stärken, indem wir ihnen in Erinnerung rufen, daß die Menschheit eine große Sehnsucht und eine große Hoffnung hat, nämlich den Frieden. Unsere besten Wünsche werden die Zusammenkunft und die Besprechungen zwischen Kennedy und Chruschtschew begleiten, bei denen die ganze Menschheit als unsichtbarer aber erwartungsvoller Gast anwesend sein wird.

5. Internationaler Kongreß der Gemeinwirtschaft
=====vom 23. bis 25. Mai im Wiener Rathaus
=====

23. Mai (RK) Heute begann im Wiener Rathaus unter dem Ehrenschatz von Bundespräsident Dr. Schärf der 5. Internationale Kongreß der Gemeinwirtschaft. (Wir bringen die Eröffnungssprachen und im weiteren Verlauf des Kongresses die Referatsauszüge in der Reihenfolge ihres Einlaufens aus dem Kongreßbüro.)

Die Rede des Bundespräsidenten

"Die Tagung, zu der Sie sich hier versammelt haben, dient der Erörterung jener Probleme, die sich aus der wirtschaftlichen Betätigung zum allgemeinen Besten ergeben, aus der Gemeinwirtschaft. Nicht das Streben nach Gewinn, sondern das Gefühl der Verantwortung für das Wohlergehen der Gemeinschaft ist die Triebfeder des gemeinwirtschaftlichen Handelns.

Der Leitgedanke des Fünften Internationalen Kongresses der Gemeinwirtschaft ist: Frieden durch Freiheit, durch Sicherheit und durch Wohlstand. Diesen Frieden sicherzustellen, sind nur ganz bestimmte gesellschaftliche Formen auf Grund ganz bestimmter gesellschaftspolitischer Übereinkommen fähig, wie wir sie als abendländische, parlamentarische Demokratie kennen.

Seit langer Zeit steht in den Demokratien die Gemeinwirtschaft gleichberechtigt neben der Privatwirtschaft. In Kriegs- und Krisenzeiten kam es darauf an, daß die Wohlfahrt der Allgemeinheit den Vorrang erhielt vor dem Verlangen einzelner, persönliche Vorteile aus der Verknappung der lebenswichtigen Güter zu ziehen. Heute leben wir im Frieden und im Überfluß. Aber wir leben nicht in einer Zeit der Ruhe und des Stillstandes. Wir sind weder politisch, noch wirtschaftlich dorthin zurückgekehrt, wo wir uns zu Beginn dieses Jahrhunderts befanden.

Der verstorbene Soziologe Alfred Weber schrieb vor einigen Jahren: "An der geschichtlichen Konkretheit und Besonderheit der Gegenwart darf man keineswegs vorbeigehen, will man nicht ihr eigentliches, nicht bloß geschichtliches, sondern vor allem soziologisches Wesen aus den Augen verlieren. Für die heutige Gesellschaft gesprochen, heißt das: es darf nicht übersehen werden,

daß unsere historische Wirklichkeit den Charakter einer Umbruchzeit hat, wie sie die Menschheit in dieser Tiefe bisher noch nicht erlebte."

Die Menschheit ist in dieser geschichtlichen Situation begreiflicherweise von einer ungeheuren Sehnsucht nach Frieden und Sicherheit erfüllt. Ebenso leicht erklärbar ist es aber, daß die Menschen in unseren Tagen nach Formen des Zusammenlebens und der gemeinsamen wirtschaftlichen Betätigung suchen, die ihnen die Gewähr für die Wahrung der Freiheit ihres Handelns und der Sicherung der Menschlichkeit in ihren Beziehungen untereinander zu bieten scheinen.

Gerade der Gärungsprozeß, den wir erleben, treibt offensichtlich zu einer größeren Einheit des Menschengeschlechtes, ein Vorgang, der vor allem auf die außerordentliche Ausweitung bestimmter Erkenntnisse der Geisteswissenschaften in den letzten drei Jahrhunderten zurückzuführen ist.

Als ein entscheidender Fortschritt gegenüber früheren Epochen kann die Tatsache festgestellt werden, daß uns heute das humanistische Weltbild als richtungweisend gilt und als gesellschafts- und staatsphilosophische Grundlage dient. Die Gemeinwirtschaft leitet ihre Kraft vor allem daraus ab, daß ihre Wurzel die Menschlichkeit ist.

Mit großer Freude begrüße ich als Staatsoberhaupt unserer Republik die Teilnehmer an dem Fünften Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft in Österreich. In diesem Land sind einige wichtige Versorgungsbetriebe unmittelbar aus dem Feudalismus in die Gemeinwirtschaft übergegangen. Aber auch neue staatliche und genossenschaftliche Unternehmungen der Gemeinwirtschaft sind entstanden, die Ihr Interesse erregen könnten.

Ich wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg und hoffe, daß die Gäste aus dem Ausland Gelegenheit haben werden, Österreich und Wien kennenzulernen. Neue Freundschaften werden geschlossen, alte erneuert werden. Die Verständigung von Mensch zu Mensch wird über den eigentlichen Kongreßzweck hinaus der Tagung ihre Bedeutung verleihen.

Damit erkläre ich den Fünften Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft für eröffnet!"

Die Rede des Bundesministers Dipl.-Ing. Waldbrunner

"Dieser 5. Internationale Kongreß der Gemeinwirtschaft hat sich eine sehr große Aufgabe gestellt. Er kann und wird zweifellos wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen zur Gemeinwirtschaft zu stärken und ihr Ansehen zu steigern.

Mir ist es eine große Ehre und eine wirkliche Freude, als Mitglied der österreichischen Bundesregierung und in Vertretung des Vizekanzlers DDr. Pittermann alle Teilnehmer dieser Tagung auf das herzlichste zu begrüßen und Ihren Beratungen den besten Erfolg zu wünschen.

Meine Freude ist umso größer, als ich mich an drei von den vier vorangegangenen Tagungen mit Referaten beteiligen konnte und das Wachsen der internationalen Organisation der Gemeinwirtschaft immer mit großer Genugtuung verfolgt habe. Viele gute Bekannte und persönliche Freunde sind wieder unter den Teilnehmern dieses Kongresses und ich weiß, wie sehr sie für ein gutes Ergebnis der Arbeiten bürgen.

Die Gemeinwirtschaft braucht gerade jetzt ein bewußtes und unerschrockenes Eintreten für ihre Zielsetzungen und eine intensive Aufklärung der Öffentlichkeit über die erzielten Erfolge und die umfassenden Leistungen im Dienste der Allgemeinheit. Die gute Konjunktur, der sich die Länder Westeuropas im allgemeinen erfreuen, läßt den Menschen die Bedeutung der Gemeinwirtschaft zweifellos geringer erscheinen, als das in Zeiten der Not der Fall war. Die Gegner der Gemeinwirtschaft finden heute leichter Gehör. Das umso mehr, als es den meisten gemeinwirtschaftlichen Betrieben verwehrt ist, die Vorteile der Konjunktur zu nutzen, während die Unternehmungen der privaten Wirtschaft ausgiebig davon profitieren.

Bei uns in Österreich tritt das derzeit besonders krass in Erscheinung. Während sich die private Wirtschaft dank steuerlicher Begünstigungen und sonstiger staatlicher Förderungen außerordentlich gut entwickeln kann, leidet die öffentliche Hand ausgesprochene Not. Was man der einen Seite gewährt, wird der anderen verwehrt. Wir haben es mit einer sehr unfreundlichen - um nicht zu sagen feindseligen - Einstellung gegen die Gemeinwirtschaft zu tun, die von einer der beiden Regierungsparteien stark genährt wird.

./.

Diese Einstellung kommt nicht davon, daß die Gemeinwirtschaft bei uns so unzulänglich ist oder ihre Aufgabe bisher schlecht erfüllt hätte. Im Gegenteil. Ein außerordentlich großer Teil der österreichischen Wirtschaft ist gemeinwirtschaftlich organisiert und der rasche wirtschaftliche und soziale Aufschwung, den Österreich nach dem letzten Krieg zu verzeichnen hat, beruht überwiegend auf den Leistungen dieser gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Die Gegnerschaft ergibt sich eher daraus, daß diese Unternehmungen zu große Erfolge hatten. Man sieht in ihnen eine Gefahr für die private Wirtschaft, obwohl gerade die private Wirtschaft durch ausreichende und billige Lieferungen und Dienstleistungen der Gemeinwirtschaft bisher außerordentlich profitiert hat. Bei uns ist die Parole "Sicherheit und Wohlstand durch die Gemeinwirtschaft" keine strittige. In Österreich sucht man in der Polemik den Nachdruck auf die "Freiheit" zu legen.

Die Gegner der Gemeinwirtschaft werfen uns vor, die Freiheit des einzelnen und der Gesamtheit wäre durch die Gemeinwirtschaft in Gefahr und daher - folgern sie - müssen die Betriebe, die gut arbeiten, möglichst rasch reprivatisiert werden. Wir können allerdings auch zur gleichen Zeit erleben, daß unrentable Aufgaben im Wirtschaftsgeschehen des Landes von den gleichen Leuten der öffentlichen Hand zugeschoben werden. Profitstreben und Freiheitsdrang gehen eben sehr eigentümliche Kompromisse ein.

Wir brauchen dieser Diskussion über Freiheit und Wirtschaftsform keineswegs auszuweichen. Wirtschaftliche Macht, die in der Hand von Einzelpersonen liegt, ohne daß die Allgemeinheit eine Kontrolle über sie hat, wird nur zu leicht mißbraucht. Wir in Österreich erinnern uns an die Rolle einiger Großindustrieller aus der Schwerindustrie vor und zwischen den beiden Weltkriegen. Der Mißbrauch solcher Monopolstellungen hat den Interessen der Allgemeinheit oft schwer geschadet und in Österreich sehr dazu beigetragen, daß die Demokratie zerschlagen wurde.

Eines der markantesten Merkmale der Gemeinwirtschaft ist ihr demokratischer Aufbau. In den Demokratien unterliegt die Geschäftsführung der öffentlichen Unternehmen - seien sie nun im Eigentum des Staates, der Gemeinden oder einer anderen

öffentlich-rechtlichen Körperschaft - zumindest indirekt der Kontrolle jedes einzelnen Staatsbürgers. Bei jeder Wahl hat er die Möglichkeit, seiner Unzufriedenheit über die Geschäftspolitik der Unternehmen der öffentlichen Hand Ausdruck zu geben. Bei uns in Österreich haben die Gegner der Gemeinwirtschaft in allen gemeinwirtschaftlichen Betrieben maßgebende Funktionen, die ihnen nicht nur eine Kontrolle, sondern sogar eine bedeutende Mitbestimmung sichern. Noch besser als bei den Unternehmen der öffentlichen Hand wirkt die Kontrolle der an den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen Interessierten bei den Genossenschaften. Hier haben die Genossenschafter in der Regel in jedem Jahr selbst die Möglichkeit, die Geschäftspolitik des Unternehmens, dessen Dienste sie beanspruchen, gutzuheißen oder eine Änderung zu verlangen.

Die Freiheit ist von der Demokratie nicht zu trennen und die Demokratie nicht von der Freiheit. Die Gemeinwirtschaft, die auf die Mitbestimmung der Allgemeinheit aufbaut, ist daher auch nur in Demokratien möglich. Trotzdem stellen in vielen Ländern die konservativen Kreise die Gemeinwirtschaft immer als eine Vorstufe zur Diktatur hin. Die Ursache dafür ist, wie gesagt, nicht allzu schwer zu erraten: Es ist die Angst, die Gemeinwirtschaft könnte sich das gesamte Wirtschaftsleben einverleiben. Die Entwicklung in unseren Ländern hat aber die Klarstellung bereits gebracht. Die Privatwirtschaft kann ohne die Gemeinwirtschaft nicht existieren und die Gemeinwirtschaft nicht ohne die Privatwirtschaft. Es gibt gewisse Wirtschaftsbereiche, die der Gemeinwirtschaft überlassen werden müssen, wenn Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in einem Lande auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden sollen. Andere Bereiche bleiben dafür dem privaten Unternehmer vorbehalten. Welche Wirtschaftsbereiche das sind, wird von den Verhältnissen des betreffenden Landes abhängen. In einem Entwicklungsland werden es andere sein, als in einem fortgeschrittenen Staate. Unter allen Umständen ist es aber die Aufgabe der Gemeinwirtschaft, die Macht der privaten Monopole einzudämmen. Die Aufgabe, der die Gemeinwirtschaft gegenübersteht, ist gewiß nicht leicht. Sie muß aber bewältigt werden, wenn wir der Demokratie zu dauerndem Bestand verhelfen und die Freiheit sichern wollen.

Gerade wir in Österreich haben das in einer leidvollen Vergangenheit erkennen müssen. Darum sind wir an der Themstellung dieses Kongresses und den Ergebnissen Ihrer Arbeit, meine Damen und Herren, so stark interessiert. Nochmals wünsche ich Ihnen den besten Erfolg und einen schönen Aufenthalt in unserer Bundeshauptstadt Wien, die mehr als andere Städte ihr Wiedererblühen den Leistungen gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen und Unternehmungen verdankt!"

Die Rede des Bürgermeisters

"Als Bürgermeister von Wien freue ich mich, Sie in unserer Stadt als liebe Gäste begrüßen zu können. Ich danke Ihnen, daß Sie Ihren 5. Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft in Wien abhalten. Ihre Wahl ist damit auf eine Stadt und auf ein Land mit einer alten gemeinwirtschaftlichen Tradition gefallen. In unserem Land ist nahezu jeder dritte Arbeiter und Angestellte in einem Unternehmen der Gemeinwirtschaft beschäftigt und ein Drittel der Güter und Leistungen wird in gemeinwirtschaftlichen Betrieben hergestellt.

Als wir nach dem Kriege ganz von vorne anfangen mußten, als wir Österreicher sahen, daß uns der Krieg nichts als einen Trümmerhaufen hinterlassen hatte, zweifelte mancher daran, daß wir in absehbarer Zeit wieder zu einem geordneten Leben zurückkehren können. Aber mit Hilfe unserer Freunde im Ausland, durch unseren Arbeitswillen und vor allem dadurch, daß wir zu allererst eine leistungsfähige Gemeinwirtschaft schufen, ist es uns in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen.

Die kommunalen Unternehmen, die verstaatlichte Grundindustrie und die Genossenschaften, diese drei Zweige der österreichischen Gemeinwirtschaft, haben in den ersten Nachkriegsjahren ihre Gewinnchancen zugunsten der österreichischen Volkswirtschaft zurückgestellt. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen haben damals ihre Preise und Tarife nicht nach den Weltmarktpreisen ausgerichtet, sondern sie haben die österreichische Wirtschaft möglichst billig versorgt. Damit hat die Gemeinwirtschaft den Grundstein für jene Entwicklung gelegt, die zu unserem heutigen Wohlstand geführt hat.

Für die österreichische Gemeinwirtschaft ist eines wesentlich: Sie untersteht einer demokratischen Kontrolle und ist politisch neutral. Die führenden Frauen und Männer unserer gemeinwirtschaftlichen Unternehmen kommen aus verschiedenen politischen Lagern - aber in erster Linie sind sie Fachleute. Die von ihnen geleiteten Unternehmen werden von den Vertretern des Volkes oder der Gemeindemitglieder - bei den Genossenschaften von den Konsumenten überwacht. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sind ein wesentlicher Bestandteil einer echten Wirtschaftsdemokratie, in der es zu keinem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht kommen kann und in der die Rechte des einzelnen auch dann respektiert werden, wenn er wirtschaftlich schwächer ist. Dadurch ist die Gemeinwirtschaft ein Faktor der Sicherheit im politischen wie im wirtschaftlichen Leben. Die verantwortungsbewußte Haltung der Gemeinwirtschaft stellt die volkswirtschaftlichen Erfordernisse über die Bedürfnisse der eigenen Betriebe. Sie trägt nicht nur in Österreich zu einer Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse bei, sondern in allen Ländern, selbst wenn dort ihr Einfluß geringer ist als in Österreich. Besondere Aufgaben wird die Gemeinwirtschaft aber in jenen Ländern übernehmen müssen, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erhalten haben oder sie in nächster Zeit erhalten werden. Die Entwicklungsländer stehen vor einem ähnlichen Problem wie Österreich nach 1945: Aus dem Nichts eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen! Die Entwicklungsländer haben allerdings noch zusätzliche Schwierigkeiten, weil ihnen geschultes Personal fehlt. Aber wir können den Weg, den wir nach dem Kriege beschritten haben, mit gutem Gewissen weiterempfehlen: Eine Gemeinwirtschaft zu errichten, die hilft, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu erreichen.

Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen werden wohl immer ihre Aufgabe haben, denn Freiheit, Sicherheit und Wohlstand wollen täglich aufs neue erworben werden. Wir dürfen nie sagen: Wir haben unsere Ziele erreicht, jetzt können wir unsere Hände in den Schoß legen! Möge der 5. Internationale Kongreß der Gemeinwirtschaft in Wien dazu beitragen, daß die Gemeinwirtschaft in allen Ländern stark genug wird, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Ihren Beratungen wünsche ich den besten Erfolg!"

(Fortsetzung des Kongreßberichtes folgt.)

Wiens Stadtbaudirektor gestorben
=====

23. Mai (RK) Der Wiener Stadtbaudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Aladar Pecht ist am Pfingstmontag an den Folgen einer Gehirnblutung im 63. Lebensjahr gestorben.

Aladar Pecht wurde am 26. Juni 1898 in Wien geboren. Als Werkstudent erarbeitete er sich schwer sein Studium. Nach dessen Abschluß begann er im Wiener Stadtbauamt von der Pike an seine technische Laufbahn. Er war bereits Obersenatsrat und Leiter der Gruppe Hochbau als er am 25. Juni 1957 vom Wiener Stadtsenat zum Stadtbaudirektor befördert wurde. In dieser Funktion unterstanden ihm 8.000 Beamte und Arbeiter. Er war der elfte Stadtbaudirektor in der Geschichte der Wiener Stadtbaudirektion.

Viele praktische und kostensparende Erfindungen, die bei den zahlreichen großen Bauvorhaben der Stadt Wien mit Erfolg angewendet werden, stammen von ihm. Sein Name ist auch in weiten Bevölkerungskreisen bekannt durch die von ihm entworfene und wegen ihrer Einfachheit gut bewährte Parkscheibe, der sogenannten Pechtscheibe. Seine letzte große Aufgabe, der er sich mit der ganzen Kraft seiner starken Persönlichkeit, seiner großen Erfahrungs im praktischen Bauen und seiner organisatorischen Kenntnisse bei der Durchführung von Großbauten widmete, ist die eben im Entstehen begriffene Fabrik für Fertigteilhäuser.

Für sein Wirken auch als Hochschulprofessor wurde ihm vom Bundespräsidenten im Oktober 1958 als achten Österreicher das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse verliehen. Er war der erste Techniker, der diese hohe Auszeichnung erhielt.

+ + +

Die Trauerfeier findet Donnerstag, den 25. Mai, um 16.30 Uhr, im Hietzinger Friedhof statt.

- - -

Indonesischer Besuch im Wiener Rathaus
=====

23. Mai (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute früh im Wiener Rathaus im Beisein von Vizebürgermeister Mandl und der Stadträte Heller und Lakowitsch Gäste aus Indonesien, die während ihres mehrtägigen Aufenthaltes in Wien verschiedene kommunale Einrichtungen der Stadt Wien studieren werden. Der Abordnung gehören der indonesische Arbeitsminister Ahem Erningpradja, der Bürgermeister von Djakarta Dr. Soemarno Sosroatmodjo und der Chefarchitekt F. Sileban an.

Bürgermeister Jonas wünschte den Gästen einen interessanten Aufenthalt. Die Abordnung benützte die Zusammenkunft mit den Wiener Stadtvätern zu einer ausführlichen Aussprache über kommunale Angelegenheiten und unternahm dann auf Einladung von Bürgermeister Jonas eine Stadtrundfahrt, bei der städtische Wohnhausanlagen, die neuesten Verkehrsbauten, Bäder und andere Einrichtungen der Wiener Stadtverwaltung besichtigt wurden.

- - -

Karl Hilscher zum Gedenken
=====

23. Mai (RK) Auf den 25. Mai fällt der 25. Todestag des Schulmannes und Heimatforschers Karl Hilscher. Am 4. September 1873 in Wien geboren, besuchte er die Lehrerbildungsanstalt und wirkte an Sonderschulen, zuletzt als Direktor. Hilscher hat sich zeitlebens neben seiner pädagogischen Arbeit, die vor allem der Erziehung und Befürsorgung schwachsinniger Kinder galt, mit der Heimatkunde beschäftigt. Er war der Historiograph Meidlings und der Gründer des Meidlinger Heimatmuseums, des ersten dieser Art in Wien. Auch um die Herausgabe eines Heimatbuches, in dem zahlreiche Beiträge von ihm selbst erschienen sind, erwarb er sich große Verdienste. Seine Aufsätze befassen sich mit Lokalbauten, Denkmälern, Kirchen, Erinnerungsstätten und Verkehrswegen, aber auch mit bekannten Persönlichkeiten.

- - -

Bürgermeister Jonas begrüßt Gerichtsmedizin-Kongreß
=====

23. Mai (RK) Bei der Eröffnung des 5. Kongresses der Internationalen Akademie für Gerichtliche und Soziale Medizin heute mittag in der Neuen Hofburg hielt Bürgermeister Jonas folgende Begrüßungsansprache:

"Als Bürgermeister von Wien bin ich Ihrer Einladung zur Eröffnungssitzung Ihres Kongresses sehr gerne gefolgt. Ich danke Ihnen, daß Sie Ihren 5. Kongreß in unsere Stadt verlegt haben und freue mich darüber, daß so viele Delegierte aus 40 Ländern gekommen sind. Im Namen der Stadt Wien entbiete ich Ihnen einen herzlichen Willkommensgruß und wünsche Ihnen in unserer Stadt einen erfolgreichen und erlebnisreichen Aufenthalt!

Die Stadt Wien hat sich seit dem zweiten Weltkrieg die Stellung einer internationalen Kongreßstadt erworben. Zwei Gründe sind dafür besonders maßgebend: Die Lage der Stadt am Schnittpunkt der großen Verkehrswege von West nach Ost und von Nord nach Süd und ihre Grenzlage an der ideologischen Scheidelinie zwischen West und Ost. Zum anderen ist Wien die Hauptstadt eines neutralen Landes und damit wohl eine geeignete Plattform für eine gemeinsame wissenschaftliche Arbeit der Gelehrten aus allen Teilen der Welt. So erfüllt Ihr Kongreß in Wien tatsächlich die Aufgabe, Wissenschaftler von Ost und West an einem gemeinsamen Verhandlungstisch zu vereinigen, im Interesse der großen Pflichten, die Sie, sehr geehrte Delegierte, bei Ihrer Arbeit in Theorie und Praxis zu lösen haben.

Wir Wiener freuen uns, daß wir nach dem Krieg und nach der zehnjährigen vierfachen militärischen Besetzung nicht mehr im Geruche stehen, ein besonders interessanter Fall in der Weltpolitik zu sein. In diesen vergangenen Jahren schien es manchen unserer Freunde ein Abenteuer zu sein, nach Wien zu kommen. Manche Besucher kamen, um in unserer von vier Mächten besetzten Stadt ein leichtes Gruseln zu lernen und die "Vier im Jeep" als ein Kuriosum zu sehen. Jetzt sind von Kriegszerstörungen und militärischer Besetzung kaum mehr Spuren vorhanden und wir sind glücklich, daß wir in steigendem Maße Freunde aus aller Welt begrüßen können, die zu ernster Arbeit zu uns kommen. Wir sind glücklich, daß unsere

Stadt in entscheidenden Stunden der Weltpolitik als Konferenzort für die Mächtigen dieser Erde dienen kann, wie das in den nächsten Tagen bei uns der Fall sein wird.

An den Arbeiten Ihres Kongresses, meine sehr verehrten Delegierten, nimmt die Wiener Gemeindeverwaltung lebhaften Anteil. Seit fast zwei Jahrhunderten sind die Institute für gerichtliche Medizin und die Sanitätsbehörden des Wiener Magistrates zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit vereinigt. Zwischen diesen beiden Instanzen ergeben sich so viele Berührungspunkte, daß die verständnisvolle Zusammenarbeit zum Vorteil aller vor sich gehen kann. Diese alte Verbundenheit zwischen Universitätsinstitut für gerichtliche Medizin und dem Magistrat ist es auch, für die wir gerade von Ihrem Kongreß wertvolle Ergebnisse erhoffen.

So wünsche ich Ihnen für das Gelingen Ihres Kongresses und für seine reiche wissenschaftliche Ausbeute alles Gute! Ich hoffe, daß Sie Ihre etwas karg bemessenen freien Stunden zwischen den Kongreßarbeiten dazu benützen können, um die Schönheiten unserer Stadt und ihrer Umgebung, um ihre reichen Kunst- und Kulturschätze kennenzulernen. Seien Sie herzlich willkommen in Wien!"

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Juni

=====

23. Mai (RK) Im Juni sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Juni: Anklamigungsabgabe für Mai,
Getränkesteuer für Mai,
Gefrorenessteuer für Mai,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Mai.
- 14. Juni: Anzeigenabgabe für Mai,
Ortstaxe für Mai.
- 15. Juni: Lohnsummensteuer für Mai.
- 25. Juni: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Juni.

- - -

Feierliche Eröffnung des 5. Internationalen Gemeinwirtschafts-Kongresses
=====

23. Mai (RK) Im feierlichen Rahmen fand heute vormittag im Großen Festsaal des Wiener Rathauses die Eröffnung des 5. Internationalen Kongresses der Gemeinwirtschaft durch Bundespräsident Dr. Schärf statt.

Unter den Ehrengästen, die der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft, Vizebürgermeister Slavik, begrüßen konnte, sah man Kardinal Erzbischof Dr. König, die Vertreter der Bundesregierung Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner und Staatssekretär Rösch, den Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Frenzel, den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Dr. Heller, Landeshauptmann-Stellvertreter Peyerl (Salzburg), Landeshauptmann-Stellvertreter Bernaschek (Oberösterreich). Ferner erschienen Vertreter des Diplomatischen Corps und Vertreter verschiedener interessierter Institutionen. Von Seiten der Stadt Wien nahmen an der Eröffnung Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Mandl und die Stadträte Heller, Maria Jacobi, Koci, und Riemer teil. Auch Landtagspräsident Marek war erschienen.

Vizebürgermeister Slavik führte in seiner Ansprache aus, daß man in Österreich dem Kongreß der Gemeinwirtschaft mit großem Interesse entgegenstehe. In unserem Land kann die Gemeinwirtschaft bereits auf große Erfolge zurückblicken, sie ist einer der Träger unserer Gesamtwirtschaft geworden. Die Beschickung dieses großen internationalen Kongresses zeigt uns, daß es heute kaum mehr ein fortschrittliches Land in der Welt gibt, in dem nicht Teile der Wirtschaft gemeinwirtschaftlich organisiert sind.

Der Kongreß hier in Wien hat sich die Aufgabe gestellt, die Freiheit, die Sicherheit und den Wohlstand der Menschen als Ziel der Gemeinwirtschaft zu beraten. Das Thema ist kompliziert, aber ich glaube, so sagte Vizebürgermeister Slavik, daß es bei diesem Kongreß gelingen wird, die gesamte Öffentlichkeit des In- und Auslandes auf die großen Aufgaben der Gemeinwirtschaft hinzuweisen, die wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt aufzuzeigen und den weiteren Weg festzulegen.

Vizebürgermeister Slavik gab sodann seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß fast 1.000 Delegierte aus aller Welt nach Wien ge-

kommen sind. Man ersieht daraus, daß die Probleme der Gemeinwirtschaft in der ganzen Welt diskutiert werden. Wir können hoffen, daß der Verlauf des Kongresses uns allen zeigen wird, daß wir uns sehr ernsthaft mit den wirtschaftlichen Problemen in Österreich beschäftigen. Abschließend sprach Slavik den Wunsch aus, daß alle Sektoren der Volkswirtschaft im Interesse der Bevölkerung zu einer Zusammenarbeit finden und diese Zusammenarbeit pflegen mögen.

Als nächster Redner sprach der Präsident der IFVG, Univ.-Prof. Delbouille (Belgien), der darauf hinwies, daß 1953 der erste Internationale Gemeinwirtschafts-Kongreß in Genf abgehalten wurde, in der internationalsten und offensten aller Städte in diesem freien Land der Schweiz. Heute befinden wir uns in einem Land, das am Anfang schwer zu kämpfen hatte, das aber wie kein anderes die Freiheit der parlamentarischen Demokratie praktiziert hat. Gleichzeitig wurde der Gemeinwirtschaft ein hervorragender Platz zugemessen.

Präsident Delbouille gedachte auch der seit dem letzten Kongreß verstorbenen Mitglieder, unter ihnen des Wiener Vizebürgermeisters Honay, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft war.

Im Namen der ausländischen Delegierten sprach Direktor Barbier (Schweiz) und dankte der Österreichischen Gemeinwirtschaft sowie allen jenen, die an der Organisierung des Kongresses Anteil haben.

(Hierauf folgte die Begrüßungsansprache von Bürgermeister Jonas, die Reden von Minister Dipl.-Ing. Waldbrunner und die Eröffnungsansprache von Bundespräsident Dr. Schärf, die wir bereits veröffentlichten.)

- - -

Gemeinwirtschafts-Kongreß:

Die ersten Referate

=====

23. Mai (RK) Nach Abschluß des offiziellen Eröffnungsaktes im Großen Festsaal des Wiener Rathauses begann die Kongreßarbeit. Als erstes wurden die Präsidenten des Kongresses gewählt, und zwar: Prof. Dr. Maurice Delbouille (Belgien), Vizebürgermeister Felix Slavik (Österreich), Prof. Angelos Angelopoulos (Griechenland), Regierungsrat Jean Treina (Schweiz), Dr. Julius Brecht (Bundesrepublik Deutschland), Präsident Albert Grazier (Frankreich), Dr. Alberto Mortara (Italien), Univ.-Prof. Dr. Mihailo Vučovic (Jugoslawien) und Direktor Dr. Andreas Vukovich (Österreich).

Das erste Referat hielt Univ.-Prof. DDr. Hans Bayer, Leiter der Sozialakademie Dortmund, über "Die drei Ziele der Gemeinwirtschaft: Freiheit, Sicherheit, Wohlstand". Der Vortragende führte unter anderem aus: "Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ergänzen einander und sind nur miteinander zu verwirklichen. Die Erwerbswirtschaft allein kann diese drei Ziele nicht erreichen, da sie keine von Konjunkturschwankungen freie Dauerwirtschaft und damit weder die Sicherheit noch den Wohlstand gewährleisten kann. In der Erwerbswirtschaft wird das Anstreben dieser Ziele durch die Preisüberhöhungen der Kartelle und durch die falsche Einkommens- und Eigentumsverteilung beeinträchtigt. Die zwangsläufige Machtkonzentration bedroht schließlich auch die Freiheit.

Die Erwerbswirtschaft bedarf daher einer dauernden Korrektur und Ergänzung durch die Gemeinwirtschaft. Die Aufgabe der Gemeinwirtschaft besteht vor allem in der Abschwächung der Saisonschwankungen und der Konjunkturschwankungen. Zudem soll sie die Schwierigkeiten die durch strukturelle **Veränderungen entstehen**, mildern. Auf die Mitwirkung der Gemeinwirtschaft kann vor allem dann nicht verzichtet werden, wenn große Kapitalien für Investitionen aufgebracht werden sollen.

In der Gemeinwirtschaft übernehmen die Genossenschaften besondere Aufgaben: Die Milderung der Saisonschwankungen und der zyklischen Schwankungen, die Wirtschaftsplanung auf weite Sicht, die Konsumentenberatung und damit die Befreiung von der Suggestiv-

kraft der Werbung, eine offensive Preispolitik und die Steigerung der Produktivität. Schließlich sind die Genossenschaften ein Gegengewicht zu den Kartellen.

Die Kommunalwirtschaft ist nicht gegen die Erwerbswirtschaft gerichtet, sie ist vielmehr in hervorragender Weise geeignet, die Erwerbswirtschaft zu fördern. Ihre Investitionspolitik trägt viel zur Sicherung der Wirtschaft bei. Soll die Kommunalwirtschaft jedoch ihre Aufgaben erfüllen, so muß sie von politischen Einflüssen freigehalten werden.

Die Konsumenten, aber auch die Mittel- und Kleinbetriebe sind auf die Dienstleistungen der Gemeinwirtschaft angewiesen. Die Gemeinwirtschaft befriedigt nur einen echten Bedarf. Während die Erwerbswirtschaft kaum die Möglichkeit hat, daß Arbeitnehmer echtes Mit Eigentum an einem Unternehmen erwerben, ist dies bei den Genossenschaften anders. Sie sind ein Grundstein für die Wirtschaftsdemokratie.

Die Reprivatisierung gemeinwirtschaftlicher Betriebe ist entschieden abzulehnen, auch dann, wenn sie unter dem Deckmantel der Volksaktien erfolgt. Der Arbeitnehmer ist nämlich kaum in der Lage, solche Aktien zu erwerben.

Im Anschluß an das Referat fand eine Diskussion statt, in deren Verlauf Direktor Dipl.-Ing. Karl Pröbsting namens der österreichischen Delegation betonte, daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Organisationen die Interessen der Konsumenten im Kampf gegen private Monopole und Trusts sowie gegen nationale und internationale Marktabsprachen und Kartelle schützen. Die Gemeinwirtschaft schalte sich in die Produktion und in den Handel ein, um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Es müsse ein Gegengewicht zu der immer stärker werdenden Verfügungsgewalt einzelner oder privater Kapitalgruppen geschaffen werden, damit die wirtschaftliche Stabilität gesichert werden könne. Nach dem Wiederaufbau der Wirtschaft in Europa nach dem zweiten Weltkrieg haben sich immer mehr privatwirtschaftliche Einzelunternehmen zu unkontrollierbaren Kartellen zusammengeschlossen oder Monopole und Trusts gebildet und damit dem Staatsbürger jeden Einfluß und die Mitbestimmung in der Wirtschaft entzogen. Es sei daher die Aufgabe der Gemeinwirtschaft, den Staatsbürgern die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft zu ermöglichen.

Dipl.-Ing. Pröbsting hob die staats-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Funktion der Gemeinwirtschaft hervor und verwies besonders auf die Notwendigkeit, der Jugend das Gedanken- gut der Gemeinwirtschaft nahezubringen und es in die Lehr- und Studienpläne aufzunehmen. Eine wichtige Aufgabe der Gemeinwirtschaft liege in der wissenschaftlichen Forschung.

Der Diskussionsredner wandte sich gegen die Behauptung, die Gemeinwirtschaft sei der Weg zum Kollektivismus und stellte fest, daß - im Gegenteil - der Konzentrationsprozeß in der Privatwirtschaft eine Gefahr bilde, weil dadurch die Konsumenten und die Arbeitnehmer von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden.

Abschließend wandte sich Dipl.-Ing. Pröbsting dagegen, daß die Privatwirtschaft häufig ihre Interessen dadurch zu wahren suche, daß sie sich der politischen Diffamierung der Gemeinwirtschaft und ihrer Einrichtungen bediene. Er befürworte eine die Interessen der Wirtschaft und der Allgemeinheit fördernde Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft.

Am Nachmittag sprach Univ.-Prof. Dr. Gaetano Stammati (Italien) über "Die Förderung der Ziele der Gemeinwirtschaft durch die öffentliche Hand". Der Referent führte aus: "Nach der Überwindung des Manchesterliberalismus, der dem Staat jeden Eingriff in die Wirtschaft verbot, waren in der Zeit zwischen 1880 und 1930 staatliche Interventionen in der Form von Zollprotektionismus, Subventionen und ähnlichen Hilfen für unterentwickelte Industriezweige oder zur Förderung des Aufbaues neuer Industrien üblich. Die Kapitalkonzentration schritt jedoch so stark vor und die Macht der Kartelle wurde so groß, daß der Marktmechanismus ernstlich gestört wurde. Das war eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Die Zeit von 1930 bis 1945 war durch die Krisen- und Kriegswirtschaft gekennzeichnet. Der Staat bediente sich der Politik des billigen Geldes in Krisenzeiten, der öffentlichen Investitionen und der Vergrößerung des Dienstleistungssektors als Mittel der Krisenbekämpfung. Nur ausnahmsweise trat er selbst als Unternehmer im Produktionssektor auf. Seit 1954 dehnt sich die staatliche Kontrolle in vielen Ländern aber auch über wichtige Produktionsbetriebe aus.

Diese staatlichen Interventionen sind durch die Unfähigkeit der Erwerbswirtschaft, den Konkurrenzmechanismus aufrecht

zu erhalten, gerechtfertigt. Andererseits sind **sie auch** durch die Forderung nach dem Sozialstaat und nach der Wohlstandswirtschaft notwendig. In den unterentwickelten Ländern hat die staatliche Intervention die Aufgabe, die Kapitalsakkumulation zu beschleunigen, Vollbeschäftigung zu schaffen und die fehlende Unternehmerinitiative zu ersetzen.

In Italien beteiligt sich der Staat in den verschiedensten Ausmaßen an den einzelnen Unternehmen. Das System der Beteiligungen wird gegenüber der Nationalisierung wegen der größeren Geschmeidigkeit und der dem Privatunternehmen eigenen Dynamik vorgezogen. Für das Einzelunternehmen liegt die Leitung bei dem Vorstand und Aufsichtsrat, die Koordinierung und Kontrolle ist hingegen Aufgabe anderer Stellen, die dem Ministerium für Staatliche Beteiligung unterstehen.

Einige öffentliche italienische Unternehmungen (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr) besitzen eine Monopolstellung und stehen in erster Linie im Dienst der Preispolitik. Die übrigen stehen in einem Koexistenz- und Konkurrenzverhältnis zu den Unternehmungen der Erwerbswirtschaft und wirken antimonopolistisch und preisregulierend. In Italien sind die öffentlichen Unternehmungen außerdem ein Mittel, das Wirtschaftsgefälle zwischen Nord und Süd auszugleichen.

- - -

Bürgermeister Jonas kondolierte der Witwe des Stadtbaudirektors
=====

23. Mai (RK) Bürgermeister Jonas hat gestern, Pfingstmontag, sofort nachdem er vom Hinscheiden des Wiener Stadtbaudirektors Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Pecht erfahren hatte, die Witwe des Verstorbenen aufgesucht und ihr im Namen der Wiener Stadtverwaltung und im eigenen Namen seine Anteilnahme ausgesprochen.

- - -

Stadtrat Dr. Glück aus Großbritannien zurück
=====

23. Mai (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Dr. Glück ist zu Pfingsten von einer Studienreise durch Großbritannien zurückgekehrt. Wiens Gesundheitsstadtrat hatte Gelegenheit, wie er heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte, in fünf englischen bzw. schottischen Großstädten Spitäler und gesundheitsbehördliche Einrichtungen kennenzulernen. Im allgemeinen sind in Großbritannien die Probleme der Gesundheitsverwaltung die gleichen wie in Österreich. Bemerkenswert erscheint jedoch, daß trotz der im Vergleich zu Wien geringeren Zahl von Krankbetten in den Städten die Spitalsbettennot nicht so groß ist. Verschiedene Einrichtungen haben zu diesem günstigen Ergebnis beigetragen. Zunächst ist einmal in einem englischen Spital nicht so leicht zu einem Bett zu kommen wie in Wien. Ein Grippekranker hat fast keine Aussicht auf ein Spitalsbett. Die Patienten können auch viel rascher durch Spitalspflege entlassen werden, da man über eine sehr gut ausgebaute Hauskrankenpflege verfügt, die es dort schon seit fast hundert Jahren gibt. Über Hauskrankenpflege, die Zahl und Art der Visiten entscheidet der Hausarzt. In Edinburgh zum Beispiel werden durchschnittlich täglich 400 bis 600 Visiten durchgeführt. Ein interessanter Versuch ist gegenwärtig in London im Gange, der gleichfalls dazu beitragen soll, die Spitäler zu entlasten. Man hat dort ein Tagspital eingerichtet, in dem der Patient tagsüber behandelt wird, am Abend jedoch nach Hause in die eigene Wohnung zurückgeht. Vor allem bei alten Patienten hat sich diese Einrichtung gut bewährt.

Auch Großbritannien bleibt natürlich nicht vom Schwesternproblem verschont. Im allgemeinen ist jedoch die Situation wesentlich günstiger als in Wien, da sehr viele Schwestern aus Ländern des Commonwealth nach England kommen, darunter auch farbige. Die Ausbildung der Schwestern erfolgt natürlich wie in Wien in Internaten. Neben dreijährigen Schulen gibt es auch einjährige und zweijährige Lehrgänge.

Hietzinger Brücke wird um 25 Meter breiter
=====

23. Mai (RK) Stadtrat Heller hat heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen Antrag auf grundsätzliche Genehmigung des Neubaus der Hietzinger Brücke und des Umbaus der anschließenden Straßenzüge im 13. und 14. Bezirk vorgelegt. Über die dazugehörige Baubewilligung referierte Stadtrat Lakowitsch.

Stadtrat Heller wies darauf hin, daß bei dem starken Umsteigeverkehr zwischen Stadtbahn, Straßenbahn und Autobussen die Fahrzeuglenker, wenn sie die Brücke passieren wollen, manchmal zehn Minuten oder auch länger warten müssen, bis sie dort durchkommen. Der Umbau ist daher äußerst dringend. Das neue Projekt sieht vor, daß die jetzige Hietzinger Brücke um nicht weniger als 25 Meter breiter wird. In der Mitte der Brücke wird sich das neue Haltestellengebäude der Stadtbahn befinden und um dieses herum werden die Haltestellen der Linien 10, 58, 59 und 60 liegen. Damit ergibt sich eine vollkommene Trennung des Umsteigeverkehrs der Fahrgäste der öffentlichen Massenverkehrsmittel vom Fahrzeugverkehr. Damit wird eine wesentliche Leistungssteigerung auf der Straße erreicht werden. Zum Schutze der Fahrgäste bei schlechtem Wetter ist entlang des inneren Schleifengleises ein Flugdachoval vorgesehen.

Die Zugänge zu den Bahnsteigen der Stadtbahn werden mit Rolltreppen ausgestattet werden.

Weiter ist beabsichtigt, im Rahmen des Ausbaues der Wientalstraße als Fegleitstraße zur Autobahn Wien-West, gleichzeitig mit dem Umbau der Hietzinger Brücke die derzeitige Unterführung im Zuge des Hietzinger Kais auf 7,5 Meter zu verbreitern.

Die voraussichtlichen Kosten für den Neubau der Hietzinger Brücke und den Umbau der anschließenden Straßenzüge werden mit 48 Millionen Schilling angenommen. Die Arbeiten sollen noch heuer begonnen werden.

Der Wiener Gemeinderat wird sich am Freitag mit diesem großen Verkehrsbauwerk beschäftigen.

Netzkarten "Vier Tage Wien" und Sieben Tage Wien"
 =====

23. Mai (RK) Anlässlich der Wiener Festwochen werden "Vier Tage Wien"- und "Sieben Tage Wien"-Karten zum Preise von 60 Schilling, bzw. 105 Schilling, mit Autobusbenützung zum Preise von 96 Schilling bzw. 150 Schilling, ohne Lichtbild, ausgegeben. Diese Karten sind in der Zeit von Samstag, den 27. Mai, bis einschließlich Sonntag, den 25. Juni, an vier bzw. sieben aufeinanderfolgenden Tagen zur Fahrt im Tarifgebiet I und II von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß gültig. Die "Vier Tage Wien"- und "Sieben Tage Wien"-Karten zum Preise von 96 Schilling bzw. 150 Schilling berechtigen außer zur Fahrt im Tarifgebiet I und II auch zur Fahrt auf den Aufzahlungsstrecken sowie auf den innerstädtischen Autobuslinien einschließlich der Autobus-Nachtverkehrslinien mit Ausnahme der Linien "Grinzing - Cobenzl", "Grinzing - Kahlenberg", Kahlenberg - Leopoldsberg" und "Kahlenberg - Klosterneuburg-Weidling".

Die Zeitkarten sind bei den am Ring und Kai und bei den Vollbahnhöfen gelegenen Vorverkaufsstellen sowie bei den Vorverkaufsstellen im Verkehrsbüro und in den Direktionsgebäuden 4, Favoritenstraße 9-11, und 6, Rahlgasse 3, erhältlich.

- - -

Vizebürgermeister Mandl beglückwünscht Prof. Rohrer
 =====

23. Mai (RK) Zum 75. Geburtstag des in Ruhestand befindlichen Hochschulprofessors Dipl.-Ing. Dr. Johann Rohrer hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein herzliches Glückwunschsreiben übersandt. Prof. Rohrer hat seiner Vaterstadt Wien nicht nur als Lehrer und Forscher an der Technischen Hochschule, sondern auch in zahlreichen Publikationen gedient. Er beschäftigte sich im besonderen mit Geodäsie und Vermessungsaufgaben.

- - -

Oskar Benda zum Gedenken
=====

23. Mai (RK) Am 24. Mai wäre der Literaturwissenschaftler und Pädagoge Univ.-Prof. Dr. Oskar Benda 75 Jahre alt geworden. In Rakaza (Ungarn) geboren, studierte er in Wien, Oxford und Prag Germanistik, war dann als Mittelschullehrer tätig und wurde 1924 Landesschulinspektor. In dieser Stellung übte er im Rahmen der Schulreform eine verdienstvolle praktische Wirksamkeit aus. Auch als Literarhistoriker ist Oskar Benda erfolgreich hervorgetreten und hat sich als hervorragender Methodiker bewährt. Seine 1928 erschienene Schrift "Der gegenwärtige Stand der Literaturwissenschaft" ist heute noch ein wichtiger Führer durch die verschiedenen Lehrmeinungen. Seine Schulausgabe moderner Lyrik "Die Lyrik der Gegenwart" gibt einen klaren Überblick über die einzelnen Richtungen vom Impressionismus bis zur Ausdruckskunst. Als Gegner des Nationalsozialismus wurde Benda nach der Machtergreifung entlassen und entzog sich seiner Einlieferung in das KZ Dachau durch die Flucht. 1945 erhielt er einen Lehrstuhl für neuere deutsche Literatur an der Wiener Universität, starb aber leider schon am 2. Jänner 1954. Mit ihm ist einer der bedeutendsten Vertreter seines Faches dahingegangen.

- - -

70.000 Besucher in der Cézanne-Ausstellung
=====

23. Mai (RK) Vizebürgermeister Mandl begrüßte heute nachmittag im Oberen Belvedere den 70.000. Besucher der Cézanne-Ausstellung. Es war dies die Schülerin der Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse, Renate Persticky, die bereits zum zweitenmal die Cézanne-Ausstellung besuchte. Vizebürgermeister Mandl überreichte der Schülerin als Erinnerungsgabe ein illustriertes Werk über den großen französischen Maler.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 23. Mai
=====

23. Mai (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 6.652. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12 bis 13 S, Zuchten 11.70 bis 12.10 S, Altschneider 10 bis 10.50 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich um 21 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.33 S. In der Zeit vom 13. bis 19. Mai wurden 4.585 Schweine außer Markt bezogen.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 23. Mai
=====

23. Mai (RK) Aufgetrieben wurden 51 Stück, hievon 1 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 22 Stück, als Nutztiere 24 Stück verkauft; unverkauft blieben 5 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 41, Oberösterreich 3, Burgenland 7.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 15.50 S, Extremware 8 bis 8.50 S, 1. Qualität 7.30 bis 7.90 S, 2. Qualität 6.70 bis 7.20 S, 3. Qualität 6 bis 6.60 S; Nutztiere 6.70 bis 9.50 S.

Auslandsschlachthof: 54 Stück aus Bulgarien, Preis 5 bis 7.20 S, 33 Stück aus der ÖSSR, Preis 5.50 bis 7.60 S, 50 Stück aus Polen, Pferde 6 bis 7.80 S, Fohlen 9.10 S, 72 Stück aus Rumänien, Preis 5.50 bis 7.40 S, 76 Stück aus Ungarn, Preis 5.50 bis 7.50 S, 26 Esel aus Bulgarien, Preis 4 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 10 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Schlachtpferde 7.33 S, für Schlacht- und Nutzpferde 8.07 S, für Pferde und Fohlen 8.17 S.

- - -

Modeschau im Schloß Hetzendorf
=====

23. Mai (RK) Heute nachmittag nahmen die Tagungsteilnehmerinnen bzw. die Gattinnen der Tagungsteilnehmer des gegenwärtig im Wiener Rathaus stattfindenden Kongresses für Gemeinwirtschaft an einer Modevorführung in der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf teil. In den Repräsentationsräumen des Schlosses Hetzendorf empfing der Direktor der Modeschule, Prof. Liewehr, die Erschienenen und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck.

Daraufhin hielt Vizebürgermeister Mandl eine kurze Ansprache, in deren Verlauf er auf den Werdegang der Modeschule hinwies, die ihrem internationalen Ruf vollauf gerecht werde. Die Atmosphäre des Schlosses Hetzendorf trage in besonderem Maße zur Geschmacksbildung der jungen Modeschöpferinnen bei und daher sei diese Baulichkeit allen anderenvielleicht moderneren Schulhäusern vorzuziehen.

Hierauf schritten abwechselnd 24 Modeschülerinnen über einen improvisierten Laufsteg und zeigten eine Kollektion, die sowohl Kreationen für die kommende Sommersaison als auch Kostüme, Pelze, Hüte und Modeschmuck umfaßte. Es handelte sich dabei durchwegs um Schülerarbeiten, die entweder in Hetzendorf selbst fertiggestellt oder nach Hetzendorfer Entwürfen in einschlägigen Betrieben ausgefertigt worden sind. Die Gäste dieser Vorführung zeigten sich vom Talent der Absolventinnen der Modeschule sehr beeindruckt und spendeten den einzelnen Modellen reichen Beifall.

- - -